

riums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel einen Kredit in Höhe von einer Milliarde Mark angeboten.

Dieses Kreditangebot in Höhe von einer Milliarde ist also von der Bonner Regierung gekommen. Ich sage das, damit keine Mißverständnisse entstehen. Es wurde ausdrücklich gesagt, daß das Kreditangebot ohne politische Bedingungen erfolgt ist. Die Regierung der DDR war mit diesem Vorschlag einverstanden. Und es wurden bereits sachliche Vorbesprechungen begonnen. Inzwischen hat sich die Bonner Regierung die Sache anders überlegt. Sie hat anscheinend ihren Vorschlag zurückgezogen und benutzt ihn zu einer internationalen Kampagne gegen die „arme DDR“, der es so schlecht gehe, daß sie sogar bereit sei, Waren auf Kredit von westdeutschen Unternehmen zu kaufen. Bekanntlich sind langfristige Kreditabkommen keine Erfindung der DDR und keine Erfindung der Kommunisten, sondern werden in der Welt schon seit Jahrhunderten praktiziert. Die Bonner Regierung hat nunmehr durch ihren offiziellen Vertreter den Vorschlag gemacht, den Swing im Handelsverkehr zwischen beiden deutschen Staaten um 400 Millionen Verrechnungseinheiten zu erhöhen. Dafür fordert die Bonner Regierung die Zustimmung der DDR zur Eingliederung Westberlins in die Bundesrepublik. (Entrüstung und Heiterkeit.) Das soll damit beginnen, daß zwischen der Regierung der DDR und der Bonner Regierung Vereinbarungen über den Grenzverkehr der Westberliner über die Grenze der DDR getroffen werden. Selbstverständlich kann die Regierung der DDR auf ein solches unsittliches Geschäft nicht eingehen. Es ist bekannt - und das ist auch den drei Westmächten bekannt - daß die Bonner Regierung für Westberlin in keiner Weise zuständig ist. Wir sind natürlich bereit, Verhandlungen über die Herstellung normaler Beziehungen zwischen der Regierung der DDR und dem Westberliner Senat zu führen.

Zu diesem Zweck hat sich das Außenministerium der DDR an den Regierenden Bürgermeister von Westberlin vor kurzem mit dem Vorschlag gewandt, Besprechungen über Fragen, die beide Seiten interessieren, zu beginnen. Infolge des Druckes bestimmter Kreise in Bonn war es - nachdem Kontakte aufgenommen wurden - noch nicht möglich, zu Verhandlungen zu kommen. Damit ist die ganze Propaganda der Westpresse um die Besuche von Westberlinern in der Hauptstadt der DDR widerlegt. Ohne Verhandlungen zwischen den zuständigen Organen kann es doch keine Regelung geben. Wer nicht verhandeln will, will